

22. November 2024

An den Rat der Stadt Emmerich am Rhein

Antrag: Beitritt der Stadt Emmerich zum Bezahlkartenprogramm für Geflüchtete in NRW

Betreff: Umsetzung und aktive Beteiligung am Bezahlkartenprogramm für Flüchtlinge in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nordrhein-westfälische Landesregierung plant ab Januar 2025 die Umsetzung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in Landesunterkünften, mit der Perspektive, das System auf Kommunen auszuweiten. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und den Geflüchteten eine klare, sichere und einheitliche Möglichkeit für Einkäufe zu bieten. Auch Überweisungen ins Ausland oder Zahlungen für Glücksspiel und bestimmte Dienstleistungen werden ausgeschlossen, um die Nutzung zu reglementieren. Das System bietet eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung und unterstützt die Kommunen finanziell bei der Implementierung.

Antrag: Die FREIE WÄHLER Emmerich beantragen, dass die Stadt Emmerich:

1. **Dem Programm beitritt:** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um sich frühzeitig dem Bezahlkartenprogramm der Landesregierung anzuschließen.
2. **Proaktive Umsetzung fördert:** Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah mit der Landesregierung und relevanten Partnern in Kontakt zu treten, um die Einführung des Systems in Emmerich vorzubereiten und umzusetzen.
3. **Kommunale Vorteile analysiert:** Eine Prüfung und Berichterstattung soll erfolgen, wie sich das Programm auf die Effizienz der Verwaltung und die Transparenz der Leistungen auswirkt.
4. **Bürger und Geflüchtete informiert:** Begleitend soll eine Aufklärungskampagne initiiert werden, um Bürger und Geflüchtete über die Vorteile und Regeln der Bezahlkarte aufzuklären.

Die Bezahlkarte soll als einheitliches und praxistaugliches Modell zur Unterstützung und Integration von Geflüchteten beitragen und gleichzeitig die Verwaltung entlasten, wie es bereits vom Städtetag NRW und der Landesregierung befürwortet wird.

Wir bitten den Stadtrat, diesen Antrag zu beschließen und die Umsetzung durch die Verwaltung zu veranlassen.

Begründung:

Die Einführung einer landesweit einheitlichen Bezahlkarte wurde von der Landesregierung als Maßnahme zur Optimierung der Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete angekündigt. Sie trägt zur Verwaltungsvereinfachung bei, stärkt die lokale Wirtschaft und erhöht die Transparenz der Ausgaben. Insbesondere in Zeiten erhöhter Flüchtlingszahlen ist es entscheidend, klare und funktionierende Systeme zu etablieren, die sowohl den Geflüchteten als auch der Verwaltung zugutekommen.

Mit freundlichen Grüßen,
Jörn Bartels